

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

1. Mai 1968 - 35 / 11
Einzelpreis DM 0.75

=====

ERSTER MAI - Die Außerparlamentarische Opposition Westberlins demonstriert ab 10 Uhr vom Karl-Marx-Platz in Neukölln zum Hohenstaufenplatz in Kreuzberg (11 Uhr).

=====

DER REGIERENDE: ZUM DRITTENMAL GEKNIFFEN

Zum drittenmal seit Ostern ist Klaus Schütz jetzt einer fest vereinbarten Diskussion mit der Außerparlamentarischen Opposition ausgewichen. Die Gründe, die der "Regierende" diesmal für seine Absage vorbrachte, waren selbst dem SFB peinlich: er mußte Schütz dementieren. Der Vorgang: In der Sendereihe "Forum" sollte am Dienstagabend, 20.15 Uhr, im III. Fernsehprogramm Klaus Schütz mit den Vertretern der APO, Mahler und Wethekamp, diskutieren. Die Aufnahme des Gesprächs war mit dem Senatspresseamt fest für Dienstagmittag, 13.45 Uhr im Deutschlandhaus des SFB verabredet worden. Am Montag sagte Schütz das Gespräch wegen "langfristig geplanten Terminen" ab. Das Senatspresseamt gab sich auch dafür her, wahrheitswidrig die Schütz-Behauptung zu verbreiten, die Initiative zu dem Gespräch sei von der APO ausgegangen. Es mußte sich vom SFB sagen lassen, daß der Sender dieses Gespräch arrangiert hatte.

Beim SFB gehen die Bemühungen, für den kneifenden Schütz andere Gesprächspartner zu finden, unverdrossen weiter. Der Stand bei Redaktionsschluß am Montagnachmittag: Dienstagabend, 20.15 Uhr, diskutieren im III. Programm für die APO Wethekamp, Kadritzke und Ulrike Marie Meinhoff; auf der anderen Seite des Tisches sitzen Ex-Regierender Heinrich Albertz, der SPD-Abgeordnete Löffler und ein Vertreter der FDP, wahrscheinlich der Abgeordnete Oxfort. Der ebenfalls eingeladene Westberliner DGB lehnte es ab, sich "vor dem 1. Mai an einer solchen Diskussion" zu beteiligen.

SPD WESTBERLIN: SCHÜTZ-NEUBAUER PLÖTZLICH GEFÄHRDET

Die letzten Kreisdelegiertenversammlungen der Westberliner SPD haben die Parteirechte sichtlich nervös gemacht: Was vor Wochen noch unmöglich erschien: Schützens Wahl zum Parteivorsitzenden und die Wiederwahl Neubauers als Stellvertreter sind gefährdet. In traditionell rechten Bezirken wie Schöneberg, Tempelhof und Zehlendorf erhielt Schütz nur eine äußerst knappe Mehrheit, im Rechtsaußen-Kreis Steglitz fiel Schütz sogar durch und zwar nicht wegen eines Widerstandes von Rechts, sondern durch ein Bündnis der Linken mit der Mitte. Neubauer wurde in Schöneberg geschlagen, dafür wurde Korber als Kandidat gewählt. In Wedding gab es zwar eine große Schütz-Mehrheit, aber in Reinickendorf keine für Neubauer. In Charlottenburg, Tempelhof und Tiergarten haben weder Schütz noch Neubauer eine Chance. Es scheint klar, daß die Vorstandskandidaten der Rechten, Neubauer und Jaroschowitz, auf dem Parteitag Ende Mai mit Gegenkandidaten rechnen müssen. Sie werden Stein und Büsch heißen; profitieren können die beiden Rechts-Kandidaten höchstens von einer Zersplitterung der Stimmen, beispielsweise durch

eine weitere Kandidatur (Korber) - aber die kann auch Neubauer-Jaroschowitz-Stimmen kosten. Schütz wird vorerst keinen Gegenkandidaten haben; es wird aber durchaus für möglich gehalten, daß er im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit nicht erhält. Die Diskussion in Steglitz, die durchaus politisch geführt wurde - Hauptargument: Schütz ist unfähig, das Westberlin-Problem lösen zu helfen; sein kindischer Versuch, mit einer DDR-Durchfahrt sein Renomee aufzubessern wurde belacht - hat gezeigt, daß das Verhalten des Senats und der SPD-Führung an Ostern vor allem von liberal eingestellten Parteimitgliedern stark mißbilligt wird.

KRITISCHE UNIVERSITÄT: VERBINDUNG MIT STADT-KAMPAGNEN

Auf einer Pressekonferenz gaben Vertreter der Kritischen Universität ihr Programm für den Sommer bekannt: Neben 15 Arbeitskreisen, die neu geschaffen werden, sind von den ursprünglich 30 Arbeitskreisen 15 weiter im KU-Plan. Man will die Gruppen in verschiedenen Kampagnen koordinieren. So soll beispielsweise die Miet- und Weiße-Kreis-Kampagne durch die Arbeit der KU unterstützt werden. Hauptziele der KU: Im Kampf gegen "die zerstörerischen Folgen einer Wissenschaft, die unmittelbar Produktivität des kapitalistischen Produktionsprozesses geworden ist", nicht nur die wissenschaftlichen Methoden zu wechseln, sondern auch: "In öffentlichen Diskussionen müssen die Ziele der wissenschaftlichen Arbeit bestimmt werden, muß die Verweigerung der Mitarbeit an unmenschlichen Zielen organisiert werden." Außerdem: "Wollen wir uns wirklich mit der Arbeiterklasse verbünden, so kann dies nicht durch die Reproduktion ihres Elends geschehen. Unsere Praxis kann nur die eines Geburtshelfers sein: Erarbeitung praktischer Alternativen und initiierende Funktion für die Selbstverständigung der Arbeiter über ihre eigenen Interessen." An den Arbeitskreisen der vergangenen Monate nahmen neben Studenten auch viele Schüler, allerdings nur wenige Arbeiter teil. Schüler- und Lehrer-Kampagnen will insbesondere der Arbeitskreis "Herrschaftsstruktur der Schule und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler" vorbereiten. Ein Arbeitskreis "Politische Justiz" will für Ende Juni ein Hearing veranstalten, die Gruppe "Agitation für eine demokratische Kirche" Material für direkte Aktionen erarbeiten. Mitte Mai soll eine KU-Vollversammlung stattfinden, die noch einmal das Thema "Unmenschliche Wissenschaft" zum Inhalt hat (die im Februar geplante Veranstaltung mit diesem Thema war auf Grund aktueller Ereignisse umgestaltet worden). Das neue Vorlesungsverzeichnis der KU beschreibt in kurzen Berichten die bisherige Arbeit, wobei die selbstkritischen Erfahrungen des Springer-Arbeitskreises besonders wichtig sind, und gibt eine ausführliche Vorschau auf das kommende Programm.

DDR-SPENDE: SCHUTZHELM UND WASSERDICHT KLEIDUNG

Eine Gruppe von Schriftstellern und Schauspielern der DDR hat in den Tagen nach Ostern über 7000 Mark gesammelt und dafür Schutzkleidung für Westberliner Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition gekauft. Einige hundert Bauhelme und Regenmäntel zum Schutz gegen Wasserwerfer wurden Westberlinern zur Verfügung gestellt. Die Initiative zu dieser Sammlung ging vor allem von Mitgliedern des Deutschen Theaters in Ostberlin aus: dem Intendanten Prof. Wolfgang Heinz und den Schauspielern Inge Keller und Horst Drinda. Für die Sammlung besonders eingesetzt haben sich auch der "Aula"-Autor Hermann Kant und der Bildhauer Prof. Cremer. Die Überführung der Spende aus der DDR nach Westberlin wurde inzwischen abgeschlossen.

NPD IN BADEN-WÜRTTEMBERG: OSTERTAGE OHNE EINFLUSS

Die Behauptung der Springer-Presse und führender SPD- und CDU-Politiker, der starke Stimmanteil der NPD bei den baden-württembergischen Landtagswahlen gehe auf die Ereignisse der Ostertage zurück ("Bild": "Die Osterunruhen brachten den Rechtsradikalen starke Gewinne"), ist eindeutig falsch. EXTRA-Dienst hatte bereits in Nummer 10/II vom 3. Februar eine damals nicht veröffentlichte Meinungsbefragung ausgeplaudert. Wir schrieben: Die CDU dürfte etwa 45 Prozent erhalten, die SPD wird starke Verluste hinnehmen müssen, mindestens 5 Prozent; der NPD wurden damals mindestens 7 Prozent Zunahme vorausgesagt. Acht Wochen später, am 30. März 1968 (Nummer 26/II), ver-

öffentliche EXTRA-Dienst erneut eine geheim gehaltene Meinungsumfrage: CDU und FDP behaupten sich, schrieben wir, die SPD verliert acht Prozent, die NPD gewinnt acht Prozent. Diese Vorhersage, zwei Wochen vor Ostern, war nahezu exakt: Die SPD verlor 8,2 Prozent, die NPD gewann 9,8 Prozent. Nach Ostern, am 27. April 1968 (Nummer 34/II), gab EXTRA-Dienst die dritten geheim gehaltenen Umfrageergebnisse preis: Sie sagten der CDU wahrscheinlich eine absolute Mehrheit der Sitze voraus (im Endergebnis fehlte dann ein Sitz), wiesen der FDP 15 Prozent zu (0,6 mehr als im Endergebnis), der NPD 8 Prozent (1,9 weniger als im Endergebnis) und der SPD einen Stimmverlust von mindestens 6 Prozent. Bei dieser Vorhersage war bemerkenswert, daß sich mehr Wähler als bei den Umfragen zuvor als "unentschieden" ausgaben, in Wirklichkeit aber bereits entschieden hatten. Unrichtig bei den von EXTRA-Dienst veröffentlichten Meinungsumfragen in Baden-Württemberg war lediglich der Anteil der Demokratischen Linken vorausgesagt: Er wurde auf 3,5 bis 4,5 Prozent geschätzt - 1,2 bis 2,1 Prozent mehr als im Endergebnis. Fazit: Das Wahlergebnis von Baden-Württemberg wurde durch die Osterereignisse kaum oder gar nicht beeinflusst.

HANNOVER: RC ALS "CLUB VOLTAIRE" GEGRÜNDET

Der Republikanische Club Hannover wird sich am 5. Mai als "Club Voltaire" konstituieren. Im Zentrum der Stadt (Nikolaistraße 11, Telefon 28 732) wurden mehrere Räume gemietet, in denen auch das Kabarett "Die Leidartikler" viermal pro Woche spielt. Den Clubräumen angeschlossen ist ein Lesesaal mit über 40 ausliegenden Blättern und eine Restauration, in der es Balkanspezialitäten gibt. Zu den Initiatoren des Clubs gehören Prof. Brückner (der den Festvortrag bei der RC-Gründung in Westberlin hielt), Peter von Oertzen und die IG-Chemie-Vorstandsmitglieder Werner Vitt und Hinrich Oetjen.

AKTION WEISSER KREIS: MIETERDEMONSTRATIONEN AM 1. JULI

Nach Abschluß der Vorbereitungen auf den 1. Mai werden sich die 15 Basisgruppen der Außerparlamentarischen Opposition verstärkt der Aufklärungsarbeit über die Gefahren widmen, die Westberlins Bevölkerung nach Einführung des "Weißen Kreises" drohen. Für den 1. Juli ist eine Mieterdemonstration geplant. Die Organisation eines Mieterstreiks wird in den Basisgruppen derzeit erörtert.

PARTEIDEMOKRATIE: SPD WEDDING BRÜSKIERT JUSO-MEHRHEIT

Ein Beispiel für das "Funktionieren" der innerparteilichen Demokratie in der SPD gab am Wochenende der Kreis Wedding der Westberliner SPD. Zehn Tage vor der Kreisdelegiertenkonferenz hatten die Jungsozialisten ihren bisherigen rechten Vorstand abgewählt und durch einen liberal-linken ersetzt. Der neugewählte Juso-Vorsitzende sollte, auf einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung, in den Kreisvorstand der SPD gewählt werden. Die rechtsextremistische Maffia-Gruppe in Wedding um den Stadtrat Pätzold setzte die Wahl des bei den Juso-Ausscheidungen unterlegenen Kandidaten durch, der jetzt die Jungsozialisten im Vorstand "vertritt". Rund ein Drittel der Delegierten verließ nach diesem Manipulationsakt die Versammlung.

VORSTANDBRIEF DES DGB: KEINE APO-REDNER SPRECHEN LASSEN

Am 17. April hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund in einem von Ludwig Rosenberg und Günter Stephan unterzeichneten Brief an die DGB-Landesbezirke und -Kreise und die Vorstände der Industriegewerkschaften mit der Aufforderung gewandt, keine Sprecher der Außerparlamentarischen Opposition auf den Mai-Kundgebungen zu Wort kommen zu lassen. Der Brief war nötig geworden, da bei zahlreichen örtlichen DGB-Kreisausschüssen der Wunsch laut geworden war, Sprecher der Opposition auf die Rednerliste zu setzen. Der Vorstandsbrief des DGB hat folgenden Wortlaut:

"Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Ereignisse der letzten Tage veranlassen uns, Euch darauf hinzuweisen, daß die Durchführung der diesjährigen Maikundgebungen besonderer Aufmerksamkeit und gründlichster Vorbereitung bedarf. Die Maikundgebungen sind Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften und dienender Verkündung und Vertretung unserer gewerkschaftlichen Forderungen. Sie sind

deshalb Kundgebungen, auf denen nur und ausschließlich Redner der Gewerkschaften bzw. die als Festredner vom DGB bereits beauftragten Persönlichkeiten zu Worte kommen dürfen. Die festgelegten Programme und die Verpflichtung der Redner dürfen auf keinen Fall verändert werden.

Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, daß die Kundgebungen von anderen Gruppen benutzt werden, um den Charakter und Sinn der Maikundgebungen zu verfälschen. Auch wenn solche Gruppen unter anderem Forderungen der Gewerkschaften unterstützen, kann das nicht Anlaß sein, sie dort zu Worte kommen zu lassen. Niemand anders kann die Forderungen der Gewerkschaften besser vertreten als die Gewerkschafter.

Wir teilen Euch dies unter anderem mit, weil der Sozialdemokratische Hochschulbund bei uns angefragt hat, ob studentische Redner auf unseren Maikundgebungen sprechen können. Die Kommission Notstandsgesetzgebung des DGB-Bundesvorstandes, der die Kollegen Beermann, Tacke, Brenner, Kluncker, Mirkes, Vater und Rosenberg angehören, und die am 16. April in Frankfurt getagt hat, hat sich mit dieser Frage beschäftigt und einstimmig den oben dargelegten Standpunkt vertreten.

Wir müssen Euch deshalb dringend ersuchen, diesem Beschluß Folge zu leisten, da nur auf diese Weise der ordnungsgemäße Verlauf unserer Maikundgebungen gewährleistet ist. Wir bitten Euch ferner, durch einen umfangreichen und wohl organisierten Ordnerdienst dafür zu sorgen, daß Störungen vermieden werden, da wir verhindern wollen, daß durch die aufgeputschte Stimmung zu Schlägereien zwischen Arbeitern und Studenten kommt.

Wir bedauern, durch die Umstände gezwungen zu sein, Euch darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die genaue Beachtung des Versammlungsgesetzes von den Veranstaltern gewährleistet werden muß.

Es ist für uns kein Vergnügen, Euch diesen Brief schreiben zu müssen, aber die Ereignisse der letzten Tage und die bedauerliche Verhetzung auf allen Seiten der Öffentlichkeit zwingen uns, Euch im Interesse der Maifeier selbst und der Gewerkschaftsbewegung auf diese Dinge aufmerksam zu machen."

BUNDESINNENMINISTERIUM: KÜNFTIG MEHR PFERDE ALS KNÜPPEL

Der Inspektor der Bereitschaftspolizei im Bundesinnenministerium, Boysen, hat auf Anfrage erklärt, die Polizei wolle durch Einsatz "anderer Mittel" die "Anwendung des Schlagstocks auf ein Minimum verringern". Den Einsatz von Polizeipferden hält Boysen für "wirkungsvoller und ungefährlicher" als den Schlagstock. Ein Vergleich der beiden Methoden, gegen Demonstranten vorzugehen, bringe ein "großartiges Ergebnis zu Gunsten des Pferdes". Das beruhe auf der psychologischen Wirkung der Polizeigäule, "weil die Großstädter dieses Tier nicht mehr kennen und es instinktiv fürchten". Pferde und Wasserwerfer würden den Schlagstock mehr und mehr ersetzen und Demonstranten und Polizisten "auf Distanz" bringen. Gegen den Einsatz eines bereits entwickelten "elektrischen Schlagstockes" sowie gegen den Einsatz chemischer Kampfmittel gebe es "rechtliche wie medizinische Bedenken", wenngleich "die Entwicklung letztlich doch auf den Einsatz chemischer Mittel hinausliefe". Kein Vorbild für die Bundesrepublik könne das Besprühen der Straßen mit Schaumstoffen oder das Beimengen von Öl in das Werfer-Wasser sein. Nicht allein juristische Gründe, auch "psychologische und politische" sprächen dagegen.

ÖTV WESTBERLIN: WERBUNG MIT SPRINGER-LOBHUDELEI

Westberlins Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) legte einer gewerkschaftlichen Werbesendung an alle Beamtenanwärter eine Abschrift des Springer-Autors Hans Habe an den Zeitungsverleger Axel Caesar Springer bei. In dieser "besonderen Werbegabe" wird A. C. Springer als markantes Beispiel für die Freiheit der Presse gepriesen.

KÖLN: STUDENTEN HELFEN ARBEITERKINDERN

Das Kölner Studentenparlament hat beschlossen, daß die Studenten der Universität in Zukunft Kindern von Arbeitern und Angestellten unentgeltliche Nachhilfestunden geben. Damit soll ein Beitrag zur Behebung des Bildungsnotstandes geleistet werden; Arbeiterkinder sollen instandgesetzt werden, mehr als bisher auf weiterführende Schulen zu gelangen.

UNTERNEHMER-BRIEF: ALLGEMEINPLÄTZE UND ALBERNHEITEN

Der "rf-Brief", der sich selbst als "auflagenstärkster privater Informationsdienst in Europa" bezeichnet und vorwiegend für Unternehmer geschrieben wird, widmet eine seiner letzten Ausgaben dem SDS. Bei "Nachforschungen" sei man auf "eine Art Geheimprogramm Dutschkes gestoßen", das er in Amsterdam vorgetragen hätte. In dem "Geheimprogramm", das neun Punkte umfaßt, wird unter anderem eine Medikamentensammlung für den Vietcong (Punkt 3) und die Veranstaltung eines Springer-Tribunals (Punkt 4) als große Neuigkeit erzählt. Aufgeregt berichtet der "rf-Brief", daß sich der SDS heute "weniger mit Hochschulreform" beschäftigt, "als hauptsächlich mit hochexplosiven politischen Fragen wie Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze". Nach diesen allgemein bekannten Weisheiten steigt der Dienst des Rudolf Francken, von dem man weiß, daß er sich bevorzugt auf der Via Veneto in Rom aufzuhalten pflegt (mit gräflichen Begleiterinnen), in den Dschungel des Kolportageromans und "berichtet": "Die großen Zentralen (eines subversiven Netzwerkes, an das der SDS angeschlossen sein soll. Die Red.) befinden sich in London, Amsterdam, Bordeaux, Rom und Stockholm. Die Organisation liefert nicht nur Adressen, wo man untertauchen kann; sie stellt alles was dazu gehört: falsche Pässe, sorgt für illegale Grenzübertritte und für Kurierdienste. Unsere neutralen Beobachter sind sich einig, daß Dutschke und seine Genossen auch finanzielle und andere Unterstützung aus der kommunistischen Welt (über Prag und Hongkong) erhalten." Offenbar hat der "rf-Brief" nicht einmal eines jener "Fluchthelfer"-Flugblätter für GIs gelesen, denen man hilft, dem Vietnam-Einsatz zu entgehen. Die "präzise Information" des Dienstes wird abgerundet durch die Erklärung, das SDS-Programm sei mit dem KPD-Programm identisch. . .

HOLLÄNDISCHE SP-GRUPPE: SPD VOR DER INTERNATIONALE ANKLAGEN

Die "Nieuw Links" (Neue Linke) in der sozialdemokratischen holländischen "Partij van de Arbeid" hat in einem von 100 Mitgliedern unterschriebenen Brief an den SPD-Landesvorstand Westberlins gegen die Schütz-Neubauer-Politik protestiert. Sie teilt der Auserparlamentarischen Opposition mit: "Wir haben unseren Parteivorstand gebeten, gegen die beunruhigenden Entwicklungen in Ihrem Lande Stellung zu nehmen und in dieser Angelegenheit auch mit der Sozialistischen Internationale und der SPD Kontakte aufzunehmen. . . Wir erkennen in Ihren Zielsetzungen das auch bei uns bestehende Verlangen, mit den Resten des Kalten Krieges fertig zu werden. Mit Ihnen lehnen wir die heutige Außenpolitik der USA, z. B. in Südostasien und Lateinamerika ab. Mit Recht fordern Sie, daß das Meinungsbildungsmonopol des Springer-Konzerns gesetzlich gebrochen werden soll." Und: "Sie werden verstehen, daß Einwohner der Länder, die schon einmal Bekanntschaft mit Ausnahmegesetzen deutschen Schnitts gemacht haben, sich Sorgen über die jetzigen Notstandspläne machen. . ."

ROM: VATIKAAN WIRD VON ANTI-SOWJETS GESÄUBERT

Berichte über eine bevorstehende Reise des Papstes nach Moskau auf Einladung der Regierung der UdSSR verdichten sich. Ein Informant aus Rom erklärt, die Reise würde noch in diesem Sommer stattfinden. Vorbereitend besuchte vom 9. bis 13. Dezember 1967 eine Vatikan-Delegation die UdSSR; Leiter war Monsignore Willebrands, Sekretär des Sekretariats für die Einheit der Kirchen. Zur Delegation gehörte auch Pietro Pavan, einer der Verfasser der Enzyklika "Populorum Progressio". Vor wenigen Wochen kehrte Monsignore Casaroli aus Moskau zurück: Er verhandelte über eine ständige Vertretung des Vatikans in Moskau. Weitere Indizien: Alle Aktivitäten der Kalten-Kriegs-Organisation "Verfolgte Kirche" wurden eingeschränkt oder vom Vatikan direkt verboten. Der Jesuit Lombardi erhielt Sprechverbot; der Jesuit Gliozzi wurde in ein Dorf nach Sizilien versetzt - sein Kaltes-Kriegs-"Zentrum zur Erforschung des Kommunismus" aufgelöst; der französische Marxismus-Experte Ledit wurde nach Kanada versetzt; Pater Chinellas "Ausstellung über die Märtyrerkirche" geschlossen. Monsignore Bongianino, der die Verhandlungen des Vatikans mit Budapest und Prag mißbilligt hatte, wurde als Bischof in die Po-Ebene versetzt und aus dem vatikanischen Staatssekretariat ausgeschaltet. Verwarnt wurde der Chefredakteur der Zeitung "Civiltà Cattolica", der aus Anlaß des 50. Jahres-

tages der Sozialistischen Oktoberrevolution auf das "Versagen der marxistischen Theorie" hingewiesen hatte. Radio Vatikan darf nichts mehr über die "Kirche des Schweigens" bringen. Und schließlich: Die in der Basilika Santa Maria Maggiore gefeierte Gedenkmesse für die "verfolgte Kirche" fand nicht mehr statt, ebenso wie die von der polnischen Exilgemeinde seit 23 Jahren in Rom gefeierte Gedenkmesse für die von Sowjetrussen in Katynerschossenen polnischen Kriegsgefangenen. Im Vatikan laufen alle diese Vorbereitungen sehr geheim, aber doch zielbewußt. Man hat dankbar registriert, daß die UdSSR inzwischen reagierte: Die katholischen Ostermessen in Moskau wurden von Milizsoldaten gegen demonstrierende atheistische Gruppen abgeschirmt.

GRÜNDUNG AM 4. MAI: MARXISTISCHE JUGENDORGANISATION DER BRD

Wie im EXTRA-Dienst bereits gemeldet (ED 23/II), wird am 4. Mai - am Vorabend des 150. Geburtstages von Karl Marx - in Essen eine marxistische Organisation der Arbeiterjugend gegründet. Vorläufiger Name: Revolutionäre Sozialistische Jugendorganisation. Am Gründungskongreß nehmen 350 Delegierte teil, die von regionalen Gründungsausschüssen in neun Bundesländern und 18 örtlichen Ausschüssen gewählt wurden. Beschlossen werden sollen ein Aktionsprogramm und eine Satzung der Organisation. Am Abend werden in einer "Roten Revue" u. a. Dieter Süverkrüp sowie Mitglieder des Maxim-Gorki-Theaters und des Oktober-Klubs aus der DDR auftreten. Die vorläufige Anschrift der Organisation: Rolf Jürgen Priemer, 46 Dortmund, Neuer Graben 11 (Tel. 0231/233 74).

PERSONALIE

KARL-HEINZ KURRAS, Kriminalobermeister und Todesschütze für Benno Ohnesorg, besuchte am letzten Sonntag den auch der Westberliner Polizei und dem Polzeisportverein zur Verfügung stehenden amerikanischen Schießplatz in Wannsee. Er verließ am Sonntag, 28. April, 11.57 Uhr, mit einer Aktentasche den Zugang zum Schießplatz. Westberlins politische Führung ließ nach dem freisprechenden Urteil gegen Kurras verlauten, der Polizist werde nie wieder eine Pistole tragen. Ob Kurras am Sonntag Schießübungen machte oder nur Schießübungen zusah, war nicht zu eruieren.

ZITATE DER WOCHE

"Die Boulevard-Blätter des Hauses Springer haben Öl ins Feuer gegossen" - erklärte die "Ketteler Wacht", das Zentralorgan der Katholischen Arbeiterbewegung zur Demonstrationsswelle an Ostern (Ausgabe vom 25. April 1968).

"Da haben wir die Quittung" - Schlagzeile der Springer-"BZ" zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg als unfreiwillige Selbsterkenntnis für die rechtsextremistische Haltung der Springer-Presse (Ausgabe vom 29. April 1968).

HINWEISE DER REDAKTION

EINE NEUE ZEITSCHRIFT für Politik und Kunst erscheint in Westberlin: "Guernica" - nach dem gleichnamigen Gemälde von Pablo Picasso. In der ersten Nummer der Zeitschrift, die ausschließlich von Jugendlichen gestaltet wird, beschäftigen sich junge Autoren vor allem mit den gesellschaftlichen Verhältnissen an unseren Schulen. Die Redaktionsanschrift: Berlin 28, Waidmannsluster Damm 178.

GERHARD ZWERENZ, in München lebender ehemaliger DDR-Schriftsteller, wird am 30. April, 21 Uhr, in der Studentenstadt Siegmundshof (Clubraum B) aus seinem unveröffentlichten Buch "Herr Er zwischen Reform und Revolution" lesen.

DAS FÜNFTE PROGRAMM des Westberliner "Reichskabarets" steht unter dem Titel "Der Guerilla läßt grüßen". Die Premiere soll zwischen dem 8. und 12. Mai stattfinden.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 8. Mai, 20 Uhr: Im RC spricht der 1. Vorsitzende der SED-Westberlin, Gerhard Danelius, über "Die wirtschaftliche und politische Situation Westberlins aus der Sicht der SED Westberlin".

SPD-LANDESAUSSCHUSS: AUS EINEM VERTRAULICHEN PROTOKOLL

Am 26. Februar 1968, zwischen 16 Uhr und 19.15 Uhr, fand im Raum 1102 des Schöneberger Rathauses eine Sitzung des Landesausschusses der Westberliner SPD statt. Diskutiert wurde im wesentlichen über die vorangegangene Vietnam-Demonstration der Außerparlamentarischen Opposition vom 18. Februar, an der auch Sozialdemokraten - so die Stadträte Ristock und Beck - teilgenommen hatten. EXTRA-Dienst hat aus dem ihm vorliegenden Protokoll der Sitzung Ausschnitte ausgewählt, die repräsentativ für den Stand der Bewußtseinsbildung der Führung der Westberliner SPD zu sein scheinen:

"Margot Brüche begrüßt das Feststellungsverfahren. Sie richtet die Frage an Harry Ristock, was ihn bewegt, das Feststellungsverfahren abzuwarten, und ob er sich der Partei noch so zugehörig fühlt, um nicht selbst Konsequenzen zu ziehen.

Harry Ristock hält es für unter seiner Würde, darauf zu antworten. Er fühle sich als besserer Sozialdemokrat als mancher andere.

Kurt Neubauer: Ristock gehört auch zu denen, die meinen, ein Gericht hat durch einen Beschluß davor bewahrt, Furchtbares erleben zu müssen.

Franz Meyer: Er kann sich nicht denken, daß tatsächlich jemand gesagt haben soll: wir müßten etwa hundert Mitglieder aus der Partei werfen, dafür bekommen wir tausend andere.

Horst Korb ist auch der Ansicht, daß nicht alle jungen Menschen, die am Sonntag demonstriert haben, von vornherein als Kommunisten einzuordnen sind. Es sind viele darunter, die einen anderen Standort suchen und bei denen wir nicht genug getan haben, um ihnen klarzumachen, daß man sich nicht auf diese Weise ausdrücken sollte. Was er jedoch diesen um ihren Standort ringenden jungen Menschen zubilligen möchte, vermag er Genossen mit einer jahrzehntelangen Erfahrung nicht zuzubilligen. Für ihn steht nicht in erster Linie die Frage Vietnam. Der SDS steht außerhalb der demokratischen Ordnung. Und weil dies so ist, möchte er meinen, daß man als Sozialdemokrat mit denen auch nicht in einer einzigen Frage gemeinsame Sache machen kann.

Klaus Schütz: Wir haben ganz deutlich gemacht, daß wir nicht in einen Wettlauf mit anderen Radikalen (z. B. Amrehn) zu treten brauchen, um uns bei der Arbeiterschaft verständlich zu machen. Wir werden die Situation nur meistern, wenn wir zeigen, daß wir unsere rechtsstaatlichen Mittel ohne Zögern einsetzen. Wir können uns derartige Kongresse und Demonstrationen in dieser Stadt nicht leisten.

Rolf Heyen macht darauf aufmerksam, daß die Berichterstatter für die westdeutschen Zeitungen bei anderen Situationen nicht auf solche Randerscheinungen wie bei der Kundgebung am 21. Februar eingegangen sind. Während der Schütz-Veranstaltung an der TU hat Rolf Heyen auch Angst gehabt, ob er lebendig dort wieder herauskommt. Landsberg und Krippendorff hätten keine Hand gerührt, wenn man Schütz mit einem Hammer geschlagen hätte.

Er möchte energisch davor warnen, als Landesverband zu Vietnam etwas zu sagen, was frontal gegen die Amerikaner Stellung nimmt. Der Landesverband insgesamt kann keine Aussage treffen. Was in der Sozialistischen Internationale gesagt wurde, ist das Maximum, was von Sozialdemokraten gesagt werden kann. Wir können nicht weitergehen, ohne politischen Selbstmord zu begehen.

Klaus-Peter Schulz: Wenn es so weit geht, die Demokratie als solche aus den Angeln heben zu wollen, und wenn mich jemand beschimpft, daß ich für die Demokratie in die Schranken trete, dann ist er mein Feind. Als Demokrat, der diesen Staat mit seinen Unzulänglichkeiten bejaht, bejaht er die Bestimmung des Grundgesetzes: "Wer die Mittel des Grundgesetzes zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt die damit verbundenen Rechte." Was bedeutet das innerparteilich? Er gehört zu den Sozialdemokraten, die meinen, daß Entspannungspolitik und Bemühungen um ein friedliches Nebeneinander zu einer diplomatischen Anerkennung des Ulbricht-

Regimes nicht führen dürfen. Er ist dagegen, und er wird es auch in 20 Jahren noch sein. Wenn sich ein Trend in die Partei einschleichen würde, der gegenläufig ist, der auf Anerkennung hinausläuft, dann würde für ihn die Gewissensfrage entstehen, die Mitglieder der SPD aufzurufen, dagegen Front zu machen. Wenn er sich aber deshalb der NPD anschließen würde, dann würde es ihm in dieser Partei nichts nutzen, wenn er nachher darauf hinweist, daß er nur ein Schild getragen hat, mit dem er gegen die Anerkennung Stellung nahm.

Hans Wellmann: Er wendet sich an Harry Ristock und sagt ihm: Die Partei hat Dir schon manches nachgesehen in den letzten 15 Jahren und für manches Verständnis gehabt. Aber Du kannst nicht auf die Dauer erwarten, daß die Partei Dir alles nachsieht. Sicher, es werden Fehler gemacht - aber sie müssen erträglich sein und dürfen sich nicht zum Schaden für die Partei auswirken. Unsere Partei ist jetzt vor die Frage gestellt, ob sie Ristocks Fehlverhalten noch weiter nachsehen soll oder ob sie sich im Interesse dieser Partei von einigen Genossen trennen muß.

Erich Pätzold: Das Verheerende ist die Wirkung auf die Bevölkerung in dieser Stadt. Unsere Partei ist als Freiheitspartei in dieser Stadt groß geworden. Wir haben 1948 mit übergroßer Mehrheit gewinnen können, weil wir anders als CDU und FDP unsere Partei auch im Ostsektor aufrecht erhalten haben. Wenn wir so fortfahren wie jetzt, dann kippt das alles um - andere werden unsere Erben sein, und das dürfen wir nicht zulassen.

Walter Sickert regt an, daß sozialdemokratische Juristen prüfen sollten, ob das, was von einem Verwaltungsgericht hier entschieden wurde, politische Zukunft werden soll. Wir müssen uns mit der Möglichkeit solcher Gerichtsurteile befassen, weil sie gefährlich werden könnten. Da er selbst den Demonstrationzug beobachtet hat, weiß er, welche Plakate mitgeführt wurden. Sie waren auch einfach nicht zu übersehen. Er hat dabei festgestellt, daß neben den Parolen auch Sprechchöre in der Nähe von Ristock zu hören waren, die sich ausschließlich gegen die SPD und den Senat richteten.

Er stellt richtig, daß nicht die Gewerkschaften der Bundesrepublik gegen das Verhalten der Partei und des Senats in Berlin protestiert haben, sondern ausschließlich der Vorsitzende Bezirksleiter der IG Metall Hessen mit ca. 20 Unterschriften aus Hessen-Süd. Er hat diesen Brief, den er für gewerkschaftsschädigend hält, da er nicht an den DGB, sondern als Offener Brief geschickt wurde, beantwortet und wird den LA-Mitgliedern seinen Brief zustellen. Pinkall ist ohne Auftrag am Sonntag als Gewerkschaftssprecher aufgetreten. Er hofft, daß sich die IG Metall bald mit ihm auseinandersetzen wird.

Erwin Beck weist darauf hin, daß Harry Ristock und er im Auftrage des Landesvorstandes Verbindung zum SHB gehalten haben. Einige haben heute anerkannt, daß wir die Arbeit gut geleistet haben. Heute kann nicht gesagt werden, daß alles getan wurde, um die Partei zu schädigen. Das alles ist gemacht worden, um Dutschke die Leute wegzunehmen. Wer die Situation vor dem Wochenende kannte, der wußte, daß dort eine Solidarisierung eingesetzt hatte.

Edith Krappe appelliert, an Berlin zu denken, und wie das alles nach draußen wirkt. Das einzige, was bisher von Berlin anzubieten war, war unser vorbildliches demokratisches Verhalten. Zu Vietnam ist sie der Meinung, daß die ganze Welt verzweifelt ist und wir nicht denken dürfen, daß wir hier in Berlin das Problem lösen können. Wenn hier dauernd gesagt wird, uns ist die Jugend verlorengegangen, dann möchte sie die Frage stellen, wozu wir 12 Jugendämter in den Bezirken haben. Die hätten das bereits früher merken müssen.

Kurt Mattick: Er bedauert, daß wir in diese Lage hineingekommen sind, die die Aufspaltung der Partei nach außen demonstriert. Was im Mai vorigen Jahres unternommen wurde, die Hereinnahme der Linken in den Landesvorstand, war der Versuch, die Differenzen nach außen nicht so sichtbar werden zu lassen, sondern die Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten im LV und in der Partei zu führen. Das ist durch das Verhalten von Ristock und Genossen gesprengt worden. Wenn es richtig ist, daß auf die Parteien in nächster Zeit eine Menge zukommt, dann ist das nur zu meistern, wenn sie nach außen eine solidarische Haltung hat."

POLIZEI-METHODEN: SO SCHAFFT MAN EINEN "HARTEN KERN"

Das "Ermittlungskomitee der Arbeiter, Schüler und Studenten", das sich mit den Aktionen und Demonstrationen während der Ostertage befaßt, gab jetzt eine Dokumentation heraus über "die vergeblichen Versuche der Polizeibürokratie", die APO "zu liquidieren". Wir veröffentlichen aus dieser Dokumentation einen Bericht aus dem Polizeigefängnis Friesenstraße. Diese spontan geschriebene Schilderung beweist einmal mehr, daß keine Organisation der APO so erfolgreich politisches Bewußtsein und "harte Kerne" schaffen kann - wie es der Westberliner Polizei mühelos innerhalb weniger Stunden gelingt. Darum sollten wir es einmal offen aussprechen: Dem Westberliner Senat und seiner Polizei gebührt unser Dank. Ohne sie hätten wir die jetzige breite Basis der APO nie erreicht.

FAMILIE FRIESENSTRASSE

"In der Meinekestraße waren wir eine Zusammenrottung von Menschen, die sich untereinander kaum vom Sehen kannten. Als wir 32 Stunden später das Polizeirevier 33 in der Friesenstraße verließen, waren wir eine Kerntruppe der außerparlamentarischen Opposition. Der Sohn des Außenministers, Peter Brandt, ein Journalist, Arbeiter und Angestellter, ein Schauspieler, ein Architekt, ein Unternehmer (wenn auch kein Flick), ein Schriftsteller, sogar einige Studenten, an die vierzig Mann und Mädchen lernten durch Westberliner Polizeikräfte ihre Interessen kennen. Das unglaubliche Sein im Polizeigefängnis hatte unser Bewußtsein bestimmt. Derselbe Vorgang wiederholte sich bei den übrigen Gruppen der insgesamt 230 "Helden der Meinekestraße", die die Polizei am Karfreitag in eine vorbereitete Falle getrieben hatte mit der Aufforderung, die Straße in einer bestimmten Richtung zu räumen.

Im Hof der Polizeikaserne in der Friesenstraße, einem Teil des ehemaligen Konzentrationslagers am Columbiadamm, warteten wir eine Stunde in den Mannschaftswagen, bis die Polizeibeamten unsere Aufnahmeformulare ausgefüllt hatten.

Wer als "vorläufig Festgenommener" im Apparat der Polizei verschwindet, lernt die Rückseite der Brutalität kennen: maliziöse Scheinheiligkeit. Eine junge Mutter, deren drei Monate altes Baby zu Hause ohne Betreuung lag, mußte sich sagen lassen: 'Wenn Sie demonstrieren gehen, müssen Sie Zeit mitbringen!'

Die Geschicklichkeit der Beamten in der psychologischen Kriegsführung, abseits des Schlachtfeldes der Straße, zeugte von Routine. Das Alter vieler Polizeifunktionäre gab einen Hinweis auf die Herkunft ihrer Erfahrungen.

Erst am nächsten Morgen entwickelten wir die Einfälle, die geeignet waren, die psychologischen Polizeikrieger zu verwirren. Neun Stunden konnten vergehen bis wir - um zwei Uhr morgens - die erste Suppe bekamen; auf drei Stunden war das Privileg bemessen, uns auf Luftmatratzen zu legen (die in Nachbarzellen untergebrachten Mitglieder der Kommune I schliefen ohne Decken und Luftmatratze auf Bänken); von fünf Uhr nachmittag bis sechs Uhr morgens wurden wir verhört und 'erkennungsdienstlich ertast'. Um sieben Uhr abends bat eine Fünfzehnjährige - die um zwölf Uhr nachts ihren sechzehnten Geburtstag 'feierte' - ihre Eltern benachrichtigen zu dürfen. Um zwei Uhr morgens rief ein Polizist ihre Eltern an. Es gab weder Seife noch ein Handtuch für fast vierzig Menschen; wir näßten uns die Hände unter einem Wasserhahn und wischten sie an unserer Kleidung trocken. Ein Polizist begleitete uns, wenn wir unsere Notdurft verrichteten und stellte sich dabei vor uns auf. Wir tranken Leitungswasser aus einem Plastikbecher, den jemand unter einer Bank gefunden hatte. Wir ertrugen das Gebrüll der Polizeiunteroffiziere, die fortwährend aus unerfindlichen Gründen die Namen einzelner Mitglieder unserer Gruppe aufriefen. Während des Abends und der Nacht manövrierten uns die Aufsichtsbeamten mit ihren Standardargumenten aus, wenn wir um Telefonate baten, um unsere Angehörigen oder einen Anwalt zu benachrichtigen, indem sie etwa behaupteten, innerhalb des Polizeireviers befinde sich kein Amtsanschluß.

Um halb sieben Uhr morgens verkündete ein gebrülltes Kommando, daß wir die Wolldecke und die Luftmatratze wieder abzuliefern hätten. Einige Gründe sprechen dafür, daß die Polizei dieses Gebrüll als 'Wecken' verstanden wissen wollte, trotz der Tatsache, daß von Schlaf während der 32 Stunden Zellenaufenthalt keine Rede sein konnte.

Wir konstituierten so etwas wie einen Zellenrat und wählten eine Abordnung, die während des Tages mit den Beamten im Namen der Zelleninsassen verhandeln sollte. Gegen sieben Uhr morgens erhielten die beiden Delegierten das Mandat, anstelle eines normalen Frühstücks wenigstens Kaffee zu verlangen. Drei Stunden später offerierten uns die Beamten mit geheucheltem Wohlwollen eine Milchsuppe. Die Delegierten berieten sich mit dem Zellenrat. Beschluß: Wir nehmen die Suppe nur, wenn wir auch Kaffee bekommen; drei Gegenstimmen.

Danach forderten wir, man möge einen Pfarrer benachrichtigen, wir wünschten einen Ostergottesdienst; wir versprachen uns von der Intervention eines Geistlichen mehr Erfolg als von unseren eigenen Initiativen. Es sei verboten, einen Pfarrer zu rufen, beschied man uns. Wir nahmen das mit allzu unverhohlener Genugtuung zur Kenntnis, erkannten wir darindoch geeigneten Zündstoff für einen Konflikt zwischen Senat und Kirche. Eine Stunde später kam ein Polizei'feldwebel' und bat uns um die Adresse des Pfarrers, die wir ihm bereits um sieben Uhr morgens gegeben hatten. Pfarrer Nevermann beschämte uns später durch seine missionarische Selbstlosigkeit: 'Habt Ihr genug zu rauchen? Was kann ich für euch tun?' Kein Gott, den er verkaufen wollte.

Kurz vor Mittag kam einer von uns endlich auf die Idee, die Bestimmungen zu verlangen, nach denen unser Leben hinter Gittern als 'vorläufig Festgenommene' geregelt wird. Die Beamten verweigerten uns auch diese Selbstverständlichkeit mit dem Hinweis, diese Bestimmungen seien nur zum internen Dienstgebrauch bestimmt. Austausch von Dienstkarten und Protesten.

Der Kaffee kam um halb zwei Uhr nachmittags. Um halb drei die erste Mahlzeit: eine Suppe aus Kartoffelstärke und Wasser ohne Salz. Abends eine Art Fest: Brot, Margarine und vier Scheiben einer Art Salami, dazu schwarzen Tee. Die Margarine mußte man abbeißen, es gab kein Messer.

Auf die Frage, warum wir überhaupt noch festgehalten werden, nachdem die Feststellung unserer Personalien sowie die 'erkennungsdienstliche Erfassung' bereits seit sechs Uhr morgens erledigt seien, erfuhren wir, daß wir uns als 'potentielle Störer' zu betrachten hätten und daß man erst die um drei Uhr nachmittags angesetzte und genehmigte Demonstration abwarte, bevor man uns wieder freilassen wollte. Gegen elf Uhr nachts durften wir gehen, in Grüppchen von drei bis vier Mann. Ein Mannschaftswagen mit sieben Polizisten fuhr uns kreuz und quer durch die nächtlichen Straßen Berlins. Des Rätsels Lösung: Freunde waren mit ihren Autos gekommen, uns abzuholen."

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: